



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40190 Düsseldorf

Solarenergie Förderverein Deutschland e.V.  
z.H. Herrn von Fabeck  
Frère-Roger-Str. 8-10  
52062 Aachen

Johannes Remmel

4.04.2017

Seite 1 von 5

Aktenzeichen VII-6 11.04.03  
bei Antwort bitte angeben

RD Dr. Phillip Fest  
Telefon 0211 4566-1461  
Telefax 0211 4566-388  
poststelle@mkulnv.nrw.de

## Offener Brief zum Klimaschutz und zur Atomgefahr aus Belgien

Hier: Ihr Schreiben an Herrn Minister Remmel vom 1.03.2017

Sehr geehrte Herr von Fabeck,

haben Sie vielen Dank für Ihren Offenen Brief vom 1.3.2017, auf den ich Ihnen gern antworte.

Bevor ich zu dem Gutachten komme, auf das Sie sich kritisch beziehen, gestatten Sie mir dessen Einordnung in einen umfassenden und vielschichtigen Prozess, der eines zum Ziel hat: die Gefahr durch die maroden belgischen Kernkraftwerke so schnell wie möglich zu bannen, indem diese tickenden Zeitbomben ein für allemal vom Netz genommen werden. Glauben Sie mir: Die Landesregierung tut alles in ihrer Macht stehende, um dieses Ziel zu erreichen!

Hierzu haben wir in der Vergangenheit umfangreiche Initiativen unternommen, die ich kurz darstellen darf:

Schon im Jahr 2012 habe ich vor dem Hintergrund der Katastrophe in Fukushima und der Berichte über technische Probleme bei den Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 in einem gemeinsamen Schreiben mit Minister Duin den damaligen Bundesumweltminister Altmaier gebeten, die Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, dass die grenznahen Atomkraftwerke so schnell wie möglich vom Netz genommen werden bzw. zumindest von Laufzeitverlängerungen Abstand genommen werde.

Nach Bekanntwerden der erneuten Inbetriebnahme der beiden Reaktoren habe ich umgehend die belgische Regierung dazu aufgefordert, die

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Schwannstr. 3  
40476 Düsseldorf  
Telefon 0211 4566-0  
Telefax 0211 4566-388  
poststelle@mkulnv.nrw.de  
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahn Linien U78 und U79  
Haltestelle Kennedydamm oder  
Buslinie 721 (Flughafen) und 722  
(Messe) Haltestelle Frankenplatz



Sicherheitsvorsorge höher zu gewichten als die schnelle Dividende für den Betreiber und die Atomkraftwerke endgültig abzuschalten. Auch die vorletzte Umweltministerkonferenz hat sich auf Initiative NRW mit der Situation beschäftigt, ebenso der Landtag. Seite 2 von 5

Ende Januar 2016 hat sich Frau Ministerpräsidentin Kraft zusammen mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Dreyer sowohl an den belgischen Premierminister Michel als auch an Bundesumweltministerin Hendricks gewandt und ihnen die Sicherheitsrisiken der Atomkraftwerke und die daraus resultierenden Besorgnisse der Bevölkerung dargestellt und darauf hingewiesen, dass diese nur durch die Abschaltung der maroden Reaktoren auszuräumen seien. Unabhängig vom Ziel der Landesregierung - der möglichst raschen Stilllegung der Reaktoren - bemühen sich die Zuständigen parallel um eine Verbesserung des Katastrophenschutzes, darunter die ausreichende Bereitstellung von Jodtabletten für die Bevölkerung im Notfall, der - und diesem Ziel dienen all unsere Anstrengungen - niemals eintreten darf!

In Bezug auf die Laufzeitveränderungen der Atomreaktoren Tihange 1 sowie Doel 1 und 2 hat die belgische Genehmigungsbehörde es unterlassen, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Gemeinsam mit Rheinland-Pfalz hat NRW wegen dieses Unterlassens Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingelegt.

Im Januar 2017 hat die Landesregierung ein Gutachten, das auf meine Initiative erarbeitet wurde, vorgestellt, das sich mit verschiedenen Atom-Ausstiegsszenarien Belgiens auseinandersetzt. Danach könnten die Atommeiler Tihange 2 und Doel 3 bis zum Jahr 2020 vom Netz gehen, ohne die Energieversorgung in Belgien zu gefährden. Dieses Gutachten habe ich im Februar an die belgische Regierung übergeben. Darauf komme ich gleich zu sprechen.

Zudem ist die Landesregierung der Klage der Städteregierung Aachen gegen die Wiederinbetriebnahme des Problemreaktors Tihange 2 beigetreten.



Sehr geehrter Herr von Fabeck,

innerhalb des an dieser Stelle nur komprimiert dargestellten Prozesses ist das Gutachten des Büros für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH (BET) und des Instituts für für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft der RWTH Aachen (IAEW) einer von mehreren die Soveränität Belgiens wahrenen Bausteinen, um mit der belgischen Regierung in ein konstruktives Gespräch zu kommen mit dem Ziel, die Bröckelreaktoren endlich abzuschalten. Es verfolgt die Absicht, das Argument zu widerlegen, ohne die Reaktoren sei die Versorgungssicherheit der belgischen Bevölkerung nicht zu gewährleisten, ist also zwar technischer Natur, aber politisch-strategisch grundiert.

Insofern gebe ich Ihnen unumwunden zu, dass das Gutachten keine aktuellen Gefahren beseitigen kann. Es handelt sich vielmehr einzig darum, eine Perspektive aufzuzeigen, wie die Energieversorgung Belgiens dauerhaft ohne Atomstrom gelingen kann. Dabei wurde nicht nur die Herausforderung des Ersatzes des Strombezugs aus den beiden Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 betrachtet, sondern auch die Herausforderung der Energieversorgung bei Stilllegung sämtlicher belgischer Atomkraftwerksblöcke. Der von Ihnen angeführte zeitweise Ausfall einzelner Reaktoren zeigt, dass deren Verfügbarkeit zeitweise kompensiert werden konnte. Die Energieversorgung muss aber auch langfristig sowie bei ungünstigen Wetterlagen und ohne die übrigen Reaktoren gelingen, wenn der Atomausstieg in Belgien vollzogen wird.

Im Rahmen des Gutachtens wurden die von Ihnen angeführten Verbrauchsabschaltungen über sog. „abschaltbare Lasten“ bereits berücksichtigt. Gleichwohl ergaben sich, anders als bei der Stilllegung von nur Tihange 2 und Doel 3, bei einer Stilllegung sämtlicher Reaktorblöcke, die rund die Hälfte der derzeitigen belgischen Stromerzeugungskapazitäten darstellen, relevante Leistungsdefizite im Raum Brüssel, wenn nicht entsprechende Gegenmaßnahmen, wie neue Stromleitungen oder Reservekraftwerke, getroffen werden.



Im Rahmen des Gutachtens wurde auch betrachtet, aus welchen Kraftwerken mehr Strom für die Versorgung Belgiens erzeugt würde. Entgegen Ihrer Annahme, dass es sich dabei um Braunkohlestrom handeln würde, zeigt das Gutachten gerade, dass es zu rd. 85% die derzeit wenig ausgelasteten, emissionsarmen Gaskraftwerke insbesondere in Belgien, England, den Niederlanden und Deutschland sind, welche den Wegfall der belgischen Atomenergie kompensieren würden. Daneben würden im geringen Umfang auch einzelne Steinkohlekraftwerke mehr Strom erzeugen, während die Braunkohleverstromung gerade keine relevante Rolle spielt.

Im Hinblick auf die von Ihnen angesprochene Rolle der erneuerbaren Energien freut mich selbstverständlich Ihre Unterstützung der Landesziele. Im Gutachten wurden für die Akzeptanz der Ergebnisse in Belgien wie bei der Bundesnetzagentur nur die von Ihnen bemängelten offiziellen Szenarien Belgiens und Deutschlands und keine eigenen weitergehenden Ziele verwendet. Es kann jedoch angesichts technischer Lebensdauern von Gleichstromkabeln von 40 Jahren generell davon ausgegangen werden, dass mit voranschreitendem Zubau der erneuerbaren Energien sich dies auch zunehmend im transportierten Strommix spiegelt und ein besser vernetztes Gesamtsystem auch mehr erneuerbare Energien aufnehmen kann. Dabei würden auch die von Ihnen angesprochenen Sektorenkopplungsanlagen und Speicher sicherlich helfen, für die auch die Landesregierung hinreichende Anreize vermisst und sich mehrfach gegenüber der Bundesregierung eingesetzt hat.

Sehr geehrter Herr von Fabock, ich würde mich freuen, wenn die Einordnung des Gutachtens in die Gesamtstrategie der Landesregierung zu dessen Plausibilität beitragen könnte. Es geht in jedem Fall darum, wie wir unsere Nachbarn zum Abschied aus der Atomenergie motivieren können, damit dieser so schnell wie möglich gelingt.

Lassen Sie mich schließen mit einem bedenkenswerten Satz, den Bundesumweltministerin Hendricks am 23. März 2017 zur Verabschiedung des Endlagersuchgesetzes im Bundestag gesagt hat und den ich mit voller Überzeugung unterstreiche: „Die friedliche Antiatombewe-



gung, in deren Folge 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz gehen wird, gehört zu den größten demokratischen Errungenschaften der Bundesrepublik.“ Jetzt gilt es, den europäischen Atomausstieg erfolgreich zu moderieren und ins Ziel zu bringen. Hieran wird sich die Landesregierung mit allem Nachdruck beteiligen.

Seite 5 von 5

Mit besten Grüßen

  
Johannes Remmel